

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 836846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Rudolf Müller MdB zu neuen  
Herausforderungen in unserer  
Gesellschaft: Vorwärts zurück!  
Seite 1

Siegfried Vergin MdB zur Ar-  
beit von Kinder- und Jugend-  
parlamenten: Kinder an die  
Macht?  
Seite 3

**Dokumentation**  
Margitta Terborg MdB hat  
beim Arbeitsamt Zuschüsse  
für fünf Hausangestellte bean-  
tragt, die sie in sozialen Berei-  
chen einsetzen möchte. Wir  
dokumentieren ihren Brief im  
Wortlaut.  
Seite 4

48. Jahrgang / 57

24. März 1993

### Vorwärts zurück!

**Von Rudolf Müller MdB**  
**Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für**  
**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

"Kein Vormarsch ist so schwer wie zurück zur Vernunft." Für diesen Spruch von Bertold Brecht findet man derzeit in Deutschland besonders viele Beweise. So ist es inzwischen unerträglich - trotz Solidar-pakt -, wie die Koalition nach Meinung der Bundesbürger "herumeiert", um den Wählern nicht sagen zu müssen, was inzwi-schen der letzte begriffen hat: Ohne - natürlich einigermaßen gerecht verteilte - Steuererhöhungen werden wir mit den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht fertig werden, allen voran der Aufbau der neuen Bundesländer. Auch Eingriffe in die Substanz vieler liebgewordener Errungenschaften werden nicht ausgeschlossen werden dürfen, wenn die Probleme nicht eskalieren sollen.

Hier tun sich auch Sozialdemokraten schwer, zurück zur Vernunft voran zu marschieren. Auch Marktwirtschaftler und Menschen mit ei-nem sozial wachen Gewissen dürfen den Mißbrauch nicht überse-hen, der inzwischen in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Sozial-politik üblich geworden ist. Dabei ist es, von der Steuerflucht viel-leicht abgesehen, weniger der offenkundige Setrug, der so viel Geld und Kraft kostet, es ist auch die Einstellung, die sich verbreitet hat. Die doppelte Moral, die Unternehmer veranlaßt, die Marktwirtschaft zu preisen, wo sie satte Gewinne machen, und Subventionen zu kassieren wo immer das möglich ist. Das hat ebenso zum derzeitigen Zustand unserer Gesellschaft beigetragen wie die gewachsene An-spruchsmentalität, die inzwischen zu vermeintlich unverzichtbaren Besitzständen geführt hat und alle Möglichkeiten unseres Sozial-staates bis an die Grenze nutzt, aber nicht wahrhaben will, daß, wenn alle das tun, jedes soziale Sicherungssystem auf Dauer scheitern muß.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verständigt Umwelt  
mit speziellen Reaktionen  
Recycling-Papier



Die Politiker, die selber schlechte Beispiele geben oder aus Angst um Wählerstimmen sich scheuen, die Probleme beim Namen zu nennen, sind in hohem Maße an dieser Situation mitschuldig. Selbst wenn die Wirtschaft bald wieder anspringen sollte, worüber sich die Gelehrten noch streiten, wird es unmöglich sein, so weiter zu machen wie in der Vergangenheit. Vor uns liegen Herausforderungen, die unsere Gesellschaft gewaltig verändern werden. Zwei der gravierendsten sind die zunehmende Produktivität und die Veränderung der Alterspyramide.

Weiter steigendes Wachstum wird in Zukunft mehr noch als in der Vergangenheit durch Produktivitätssteigerung auf weniger Arbeitsplätzen erreicht werden. Eine hohe "Sockelarbeitslosigkeit" wird, auch bei besserer Konjunktur, die Folge sein. Die sich daraus ergebenden Probleme kann man nicht mit Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe lösen. Auch die Ausweitung des Dienstleistungssektors wird kein Mittel dagegen sein, daß ein kleiner werdender Teil der Gesellschaft Arbeit hat und immer mehr verdient und der andere Teil immer abhängiger wird von Sozialmaßnahmen aller Art. Man sollte besser nicht ausprobieren, wie viele Ungleichheit eine Gesellschaft verträgt, bei der mehr und mehr auch leistungswillige und im Prinzip auch leistungsfähige Menschen sozial deklassiert werden - mag das alles, gemessen an Zuständen anderswo, auch noch so relativ sein.

Alte Menschen hat es zu allen Zeiten gegeben. Wirklich neu ist jedoch, daß dank der Fortschritte der Medizin die Zahl der alten Menschen ständig zunimmt, damit derzeit leider auch die Zahl der Kranken und Pflegebedürftigen. Dringender als eine Pflegeversicherung, so nötig sie ist, ist eine Politik, die dazu beiträgt, daß Menschen bis ins hohe Alter gesundbleiben, eine Politik, die ihnen ihre eigene Verantwortung dafür bewußt macht.

Die Veränderung der Alterspyramide wird aber auch dann, wenn eine solche Politik Erfolg haben sollte, gravierende Auswirkungen in viel mehr Bereichen haben, als auf den ersten Blick. Das fängt beim Bildungssystem an, geht über die Organisation der Arbeitswelt bis hin zur Altersvorsorge. Allein diese beiden Trends, deren Auswirkungen sich gegenseitig beeinflussen, werden unsere Gesellschaft in einem Maße verändern, das dem Übergang zur Industrialisierung mit seinen Problemen nahekommt. Wir sind in keiner Weise darauf vorbereitet, weder institutionell noch moralisch. Vor allem der Geist dieser Gesellschaft, der in zunehmendem Egoismus, in zunehmender Brutalität und Kriminalität zum Ausdruck kommt, wird schon Ansätze für zukunftsfruchtige Lösungen erschweren.

Deshalb bedeutet der Weg zurück zur Vernunft, daß es zuallererst nötig ist, zu Werthaltungen zurückzufinden, die auch in einer Marktwirtschaft und in einem liberalen Staat unverzichtbar sind. Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein, Rücksicht auf andere, soziales Gewissen, Allgemeinsinn sind so nötig wie schon lange nicht mehr. Es wird Zeit, daß sich alle, allen voran die Politiker, wieder daran erinnern, was bei den Vätern der sozialen Marktwirtschaft und des Grundgesetzes selbstverständlich war. Und es sollte selbstverständlich sein, daß die Politiker auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangehen!

(-/24. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Kinder an die Macht?**  
**Über die Arbeit von Kinder- und Jugendparlamenten**

**Von Siegfried Vergin MdB**

Kinder- und Jugendparlamente sind eine Möglichkeit, junge Menschen an demokratische Formen der Mitwirkung und der Interessenvertretung heranzuführen. Sie können ein Instrument gegen Politikverdrossenheit sein, das meiner Meinung nach noch viel zu wenig genutzt wird.

Wenn wir über einen Maßnahmenkatalog nachdenken, der uns Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt an die Hand gibt, sollten wir Möglichkeiten der Mitbestimmung mehr als bisher in diese Überlegungen einbeziehen.

Um dafür eine bessere Grundlage zu haben, wollte ich zunächst eine Übersicht über bestehende Modelle erarbeiten. Auf der Grundlage umfangreicher Materialien von Städten und Gemeinden, die Erfahrungen mit Kinder- und Jugendparlamenten gesammelt haben, ist ein Bericht entstanden, der Möglichkeiten und Grenzen dieser Form der Beteiligung deutlich macht.

Die Untersuchung kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen: Bei Kindern und Jugendlichen ist der Wunsch nach Beteiligung an der politischen Meinungsbildung erstaunlich groß: 87 Prozent der Vier- bis Vierzehnjährigen wollen im politischen Prozeß mitbestimmen, dies haben Umfragen ergeben. Vor allem die Bedrohung der Umwelt beschäftigt die jungen Menschen. Und sie haben durchaus etwas beizutragen, wenn es um konkrete Probleme in ihrer Stadt geht.

Die Auswertung der Arbeit der Gremien in den einzelnen Städten zeigt darüber hinaus, daß Kinder und Jugendliche wirklich etwas bewegen können. Beispiele sind der Jugendgemeinderat in Weingarten, auf dessen Initiative hin ein Freibad erweitert, ein Fahrradweg gebaut und eine Informationsstelle zu radioaktiven Meßwerten eingerichtet wurde. In Filderstadt trugen die jungen Leute dazu bei, daß eine Fußgängerzone eingerichtet wurde. Kinder haben sich für die Verbesserung und die Neu-einrichtung von Spielplätzen stark gemacht und so weiter.

Voraussetzung für eine sinnvolle Beteiligung junger Menschen ist, daß sie ernst genommen werden. Die PolitikerInnen und Politiker in den kommunalen Gremien müssen sich die Zeit nehmen, sich mit den Argumenten und Einwänden der jungen Menschen auseinanderzusetzen, auch dann wenn das manchmal etwas mühsamer ist als das übliche Verfahren. Alibi-Veranstaltungen zum Schmuck der Politprominenz schaden mehr als sie nützen. Das Ernstnehmen der jungen Leute ist eine Chance für die Verantwortlichen, eingefahrene Denkewege zu verlassen.

Die bestehenden Formen jugendlicher Beteiligung an politischen Willensbildungsprozessen leisten auf jeden Fall einen Beitrag zur Verständigung der Generationen. Kinder- und Jugendparlamente können ein wirksamer Beitrag dazu sein, junge Menschen an unsere Demokratie heranzuführen. Die Probleme von Politikverdrossenheit, zunehmender Gewalt, Orientierungslosigkeit der Jugend umreisen, warum gerade jetzt eine verstärkte Mitwirkung junger Menschen an demokratischen Prozessen gefordert und gefördert werden muß.

(-/24. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Krauses Finanzierungsmodell sollte für soziale Zwecke Schule machen

Margitta Terborg SPD-MdB hat beim Arbeitsamt in Nordenham Zuschüsse für fünf Hausangestellte beantragt, die sie in sozialen Bereichen in fünf Städten einsetzen möchte. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

Sehr geehrte Herren,

zu meiner Überraschung erfuhr ich, daß man aus dem Programm für ältere Langzeitarbeitslose der Bundesanstalt für Arbeit bei einer finanziellen Eigenbeteiligung von 30 Prozent Langzeitarbeitslosen als Hausangestellten eine dauernde Beschäftigungschance geben kann.

Ich erlaube mir deshalb, aus diesem Titel für fünf Langzeitarbeitslose männlichen oder weiblichen Geschlechts, die ich als Hausangestellte beschäftigen möchte, den entsprechenden Zuschuß des Arbeitsamts anzufordern. Die Dauer der Arbeitszeit und die Höhe des Entgelts wird so festgelegt werden, daß mein finanzieller Eigenbeitrag je Arbeitslosen 200 DM monatlich liegt. Die Beschäftigungsdauer soll ein Jahr betragen.

Anders als der Herr Bundesverkehrsminister werde ich meine Hausangestellten nicht im Haus beschäftigen, sondern in sozialen Bereichen einsetzen, die derzeit unter akutem Personalmangel wegen des Wegfalls von ABM-Mitteln leiden.

Ich denke an Beschäftigungsorte in Delmenhorst, Brake, Rodenkirchen, Nordenham und Wildeshausen. Meines Wissens gibt es keine gesetzliche Festlegung, daß Hausangestellte ihre Tätigkeit im Haus zu verrichten haben. Insofern würde mein Antrag auch den Normen des Arbeitsamts entsprechen.

Für das Jahr der Beschäftigung trete ich gemeinsam mit anderen für die Finanzierung ein. Für die nächsten Jahre dürfte sich auf der gleichen Finanzierungsgrundlage eine Fortdauer der Beschäftigungsverhältnisse finden lassen.

Ich denke, daß ich meinen Antrag nicht besonders begründen muß. Ich beanspruche die Langzeitarbeitslosen nicht für meinen Haushalt, stelle sie aber für meinen Haushalt ein und anschließend für soziale Aufgaben in den genannten Gemeinden zur Verfügung. Ich gehe davon aus, daß die einjährige Beschäftigung ihnen einen Dauer-Arbeitsplatz verschafft oder ihnen zumindest die Reintegration in das Arbeitsleben ermöglicht. Sollte ich mich da irren, können Sie mich sicher über die Konditionen einer Dauerbeschäftigung, die dem Herrn Bundesverkehrsminister eingeräumt wurden, informieren.

Ich darf Sie bitten, mir die Antragsformulare für den Lohnkostenzuschuß für die fünf Hausangestellten zu übersenden. Unter Hinweis auf die Bestimmungen des Sozialgesetzbuches bitte ich Sie ferner, mit anderen Dienststellen Ihres Amtes Kontakt aufzunehmen. Ich möchte nämlich meinen Antrag nicht fünfmal stellen. Ich erwarte mit Interesse die Antragsformulare und Ihre grundsätzliche Zusage. Ich werde Ihnen dann mitteilen, ab welchem Zeitpunkt die jeweiligen Arbeitsverhältnisse beginnen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Margitta Terborg MdB

(-/24. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*